

GRIECHENLAND:

Keine mörderischen Sparprogramme! Banken und Spekulanten zur Kasse!

Immer neue Rettungspakete werden für Griechenland geschnürt. Das macht misstrauisch. Jeder ahnt, dass irgendwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Die Milliardenbeträge schwirren nur so durch die Nachrichten. So viel Geld sollen die Griechen bekommen? Warum wird das nicht für Deutschland ausgegeben? Wer soll das bezahlen?

Selbst schuld an der Krise?

In Deutschland herrscht die Meinung vor, Griechenland sei selbst schuld an seinem Elend: Erst habe sich das Land in die Euro-Zone gemogelt, dann habe die Regierung zu viel ausgegeben und die griechische Bevölkerung hätte zu wenig gearbeitet. Jetzt müssten die Griechen gefälligst mehr sparen, mehr arbeiten und öffentliches Eigentum verkaufen. Und wenn alles nichts nützt, muss Griechenland raus aus der Euro-Zone, bevor es uns bankrott macht. Das dumme daran: Weder die genannten Ursachen der Krise treffen zu noch die Auswege.

Ist Griechenland pleite?

Auch Deutschland hat sich in der Vergangenheit verschuldet. Die Deutschen Gesamtschulden betragen 2000 Milliarden Euro. Der griechische Staat hat 350 Milliarden Schulden (das entspricht 3,7 Prozent der Wirtschaftskraft Europas). Wieso ist dann Griechenland pleite und Deutschland nicht?

Den Schulden steht immer die Wirtschaftsleistung eines Landes gegenüber. In der Finanzkrise wuchsen Griechenlands Staatsschulden auf 150 Prozent seiner Wirtschaftsleistung (vergleiche Deutschland 85 Prozent). Die hohe Schuldenquote allein begründet aber nicht Griechenlands Probleme. In Italien liegt sie bei 120 Prozent in Japan bei 200 Prozent. Beide Staaten gelten nicht als pleite. Griechenland aber schon. Wieso? Weil die Finanzmärkte auf die Pleite Griechenlands spekulieren. Ratingagenturen gaben dem Land eine schlechte Bewertung. Die Folge: Diese Spekulationen haben die Zinsen auf dem internationalen Finanzmarkt so hoch getrieben, dass Athen kein neues Geld leihen kann. Griechenland muss für zweijährige Staatsanleihen 25 Prozent Zinsen zahlen. Italien zahlt nur 3 Prozent und Japan gar nur 0,2 Prozent (Stand Mai 2011).

Zahlt Deutschland die Krise?

Griechenland wandte sich also an die EU-Länder um Hilfe. Deutschland beteiligte sich im ersten Hilfspaket für Griechenland mit 22 Milliarden Euro. Dieses Geld kommt aber nicht vom deutschen Steuerzahler, denn die Bundesregierung leiht das Geld für 1 bis 3 Prozent und gibt es an Krisenstaaten weiter. Athen musste für die „Hilfe“ 4,5 Prozent Zinsen zahlen (andere Krisenstaaten wie z. B. Irland 5,8 Prozent, Portugal zwischen 5,5 und 6 Prozent). Das ist ein gutes Geschäft für den deutschen Staat: Laut Financial Times Deutschland vom 20. Mai 2011 flossen so dem Bund schätzungsweise 500 Millionen Euro zu. Per Saldo zahlt Griechenland für Deutschland. So weit ist es also mit der deutschen Hilfe nicht her.

Wer verdient an der Krise?

Verschärft wird die Krise Griechenlands durch Investmentbanken und Hedgefonds, die inzwischen mit dem Handel von Kreditderivaten und Wetten auf einen fallenden Euro-Kurs hohe Profite machen. Es ist ein Skandal: Gerade wurden die Banken mit Steuergeldern gerettet und nun nutzen sie die Krise eines EU-Staates für Profite in ungeheuerlichem Ausmaß. Die Risiken werden wieder von den Europäischen Ländern abgesichert und somit den Bürger/innen aufgebürdet.

Ist Griechenland gerettet?

Jetzt erhält Griechenland erneut Kredite über 109 Milliarden Euro. Die Zinsen werden auf 3,5 Prozent gesenkt. Die Finanzbranche soll sich freiwillig mit weiteren 50 Milliarden beteiligen und die Laufzeiten der griechischen Kredite verlängern.

Zwar ist die Zinssenkung der richtige Weg doch das so genannte Rettungspaket für Griechenland ist ein Hilfspaket für die Banken und Finanzfonds, die ihre Profite realisieren wollen. Der Mehrheit der Griechen wird mit dem Paket nicht geholfen. Während sich Banken und Fonds an dem Rettungspaket nur geringfügig beteiligen, wird den Bürger/innen Griechenlands mit einem 78-Milliarden-Euro-Kürzungspaket jede Zukunft verbaut.

Müssen die Griechen sparen?

Eine radikale Sparpolitik, wie sie EU und IWF verfolgen ist keine Lösung. Die griechische Gesellschaft ist geprägt von sozialer Ungleichheit und Armut. Griechenland braucht keine niedrigeren Löhne sondern höhere. Griechenland braucht nicht weniger Sozialstaatlichkeit sondern mehr.

Löhne und Sozialleistungen liegen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Die neoliberale Sparpolitik wird nicht nur die aktuelle Krise verschärfen, sondern auch die sozialen Ungleichheiten in Europa weiter vertiefen. Mit Recht protestiert die griechische Bevölkerung mit Streiks und Demonstrationen gegen diese Politik!

Wer lebt über die Verhältnisse?

Es sind nicht die Griechinnen und Griechen, die über ihre Verhältnisse leben. Es ist die gigantische Umverteilung von Arm zu Reich, die diese Krise hervorbringt.

Solange Europa abhängig ist von Banken und Finanzanlegern, die keinerlei Beschränkungen unterworfen sind, wird sich das Problem nicht lösen lassen. Deshalb zeigt die Krise einmal mehr die dringende Notwendigkeit einer radikalen Regulierung der Finanzmärkte.

Welche Rolle spielt Deutschland?

Auch die Ungleichgewichte in den Außenhandelsbilanzen sind ein zentrales Problem: Starke exportorientierte Volkswirtschaften, wie gerade auch Deutschland, erzwingen entsprechende Defizite in anderen Ländern wie zum Beispiel Griechenland.

Durch einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutsch-

land würde die Binnenkaufkraft gestärkt und zugleich der Exportüberschuss verringert. Ein gesetzlicher Mindestlohn käme also Armen und Geringverdienern in Deutschland und in Griechenland zu gute.

Stattdessen fordern deutsche Politiker der CDU und FDP von der griechischen Regierung jetzt den Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Privatisierung führt aber zu weiter sinkenden Staatseinnahmen und zur Vernichtung weiterer Arbeitsplätze.

Was hilft Griechenland wirklich?

Die Länder der Eurozone müssen eine gemeinsame Anleihe auflegen und Griechenland einen günstigen Gemeinschaftskredit zur Verfügung zu stellen. Außerdem müssen Kreditderivate auf Staatsschulden verboten und Ratingagenturen endlich unter öffentliche demokratische Kontrolle gestellt werden. Mit einem günstigen Gemeinschaftskredit würde die EU den Großbanken und Hedgefonds den Boden für ihre Spekulation gegen Griechenland entziehen. Dass der Vertrag von Lissabon einen solchen Gemeinschaftskredit verbietet, macht deutlich, wie verfehlt es war, den Euro ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik einzuführen. Das muss jetzt korrigiert werden.

Die Ungleichgewichte den Außenhandelsbilanzen müssen reguliert werden. Eine koordinierte Lohnpolitik und Mindestlöhne sind nötig. Die Profiteure der Finanzmärkte müssen für die Kosten der Krise aufkommen. Spekulationen müssen reguliert und die Gewinne aus Spekulationen hoch besteuert werden.

Das würde Griechenland und der gesamten Eurozone wirklich helfen.